



Organspenden sind ein Akt der Mitmenschlichkeit

Organspenden sind ein Akt der Mitmenschlichkeit. Mit neuem Gesetz soll die Zahl der Organspenden erhöht werden. Ab dem morgigen 1. November 2012 gilt das "Gesetz zur Regelung der Entscheidungslösung im Transplantationsgesetz", mit dem die Zahl der Organspenden erhöht werden soll. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder hat sich in den vergangenen Jahren für diese Initiative stark gemacht. Zu dem In-Kraft-Treten des neuen Gesetzes erklärt der Fraktionsvorsitzende: "Organspenden sind ein Zeichen der Mitmenschlichkeit. Mit einer Organspende kann jeder Leben retten. Mit dem neuen Gesetz werden die Voraussetzungen verbessert, dass sich die Zahl der Organspenden erhöht und damit mehr Leben gerettet werden können. In Deutschland warten über 10 000 Menschen jedes Jahr auf ein Spenderorgan. Drei von ihnen sterben täglich, weil es in unserem Land nicht ausreichend Organspender gibt. Wir müssen noch mehr über einzelne Schicksale sprechen, Menschen vorstellen, die durch ein Spenderorgan ein neues Leben beginnen konnten. Eines war für uns immer wichtig: Die Entscheidung über eine Organspende ist eine höchstpersönliche Angelegenheit. Durch Zwang würde sich die Bereitschaft der Menschen, sich als Organspender zur Verfügung zu stellen, nicht erhöhen. Die Entscheidung berührt den Kern der Persönlichkeit. Niemand muss sich daher äußern und einen Spenderausweis ausfüllen. Genau das stellt die Entscheidungslösung sicher. Trotz der aufgedeckten Organspende-Skandale an ganz wenigen Kliniken bleibt es dabei, dass sich jeder mit der Frage der Organspende auseinander setzen sollte. Die Fälle müssen aufgeklärt und Missstände abgestellt werden, um das Vertrauen in die Praxis der Organverpflanzungen wiederherzustellen. Die Vergabe der Spenderorgane muss selbstverständlich streng nach den Vorschriften erfolgen." Hintergrund: Mit dem Gesetz wird das Ziel, die Organspendebereitschaft in Deutschland zu erhöhen, gesetzlich verankert. Das Gesetz sieht eine breite Aufklärung der Bevölkerung über die Möglichkeiten der Organ- und Gewebespende vor. Beteiligt werden die Länder, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und die Krankenkassen. Die Krankenkassen und privaten Krankenversicherungsunternehmen werden verpflichtet, ihre Versicherten regelmäßig über die Möglichkeit der Organspende zu informieren. Das soll technisch gemeinsam mit der Versendung der elektronischen Gesundheitskarte bzw. zusammen mit der Beitragsmitteilung innerhalb des ersten Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes erfolgen. CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin fraktion@cducsu.de <http://www.cducsu.de>

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

CDU Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.